

# Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat



Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat  
Postfach 22 15 55 · 80505 München

## Per E-Mail

Bayer. Staatskanzlei

Bayer. Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Bayer. Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Bayer. Staatsministerium der Justiz

Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Bayer. Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bayer. Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Bayer. Staatsministerium für Digitales

Bayer. Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

## nachrichtlich:

Bayer. Oberster Rechnungshof

Bayer. Landtag, Landtagsamt

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben  
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
23 – P1509 – 1/21

München, 13. Juni 2019  
Durchwahl: 089 2306-2721  
Telefax: 089 2306-2802  
Name: Herr Frisch

## **Personaldurchschnittskosten und Personalvollkosten im öffentlichen Dienst für die Zeit ab 1. Januar 2019 (vorläufig)**

### **Anlage: Tabelle für die Zeit ab 1. Januar 2019**

**Dienstgebäude München**  
Odeonsplatz 4, 80539 München  
Telefon 089 2306-0  
**Öffentliche Verkehrsmittel**  
U 3, U 4, U 5, U 6 Odeonsplatz

**Dienstgebäude Nürnberg**  
Bankgasse 9, 90402 Nürnberg  
Telefon 0911 9823-0  
**Öffentliche Verkehrsmittel**  
U 1 Nürnberg/Lorenzkirche

**E-Mail**  
poststelle@stmfh.bayern.de  
**Internet**  
www.stmfh.bayern.de

## **I. Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen**

1. In der Kostentabelle der Anlage sind die Personaldurchschnittskosten und Personalvollkosten für Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen des Freistaats Bayern für die Zeit ab 1. Januar 2019 auf Grundlage der rückwirkend ab 1. Januar 2019 neu berechneten Besoldungstabellen nach dem Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2019/2020/2021 (LT-Drs. 18/2014 vom 14. Mai 2019) berechnet. Der Gesetzentwurf sieht ab 1. Januar 2019 eine lineare Anpassung der Bezüge um 3,2 v.H. vor. Anwärter und Anwärterinnen erhalten einen Betrag von monatlich 50 € ab 1. Januar 2019.

Für die Zeit ab 1. Januar 2019 werden die Personaldurchschnittskosten und Personalvollkosten nach dem derzeitigen Stand des Gesetzentwurfs unter Berücksichtigung einer linearen Anpassung der Bezüge um 3,2 v.H. ab 1. Januar 2019 (Anwärter und Anwärterinnen fester Betrag von monatlich 50 €) neu berechnet.

2. Der Berechnung der **Personaldurchschnitts-/vollkosten** liegen folgende Leistungen und Annahmen zugrunde:

### **2.1 Jährliche Personaldurchschnittskosten**

- 2.1.1 Grundgehalt bzw. Anwärtergrundbetrag,
- 2.1.2 Familienzuschlag der Stufe 2 (Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen mit Anspruch des Familienzuschlags Stufe 1, denen Kindergeld nach dem Einkommenssteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz dem Grunde nach für 1 Kind zusteht),
- 2.1.3 Strukturzulage, soweit diese nach Art. 33 BayBesG bzw. Art. 107 Abs. 2 Satz 6 BayBesG zusteht, ggf. Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen nach Art. 34 BayBesG,

- 2.1.4 jährliche Sonderzahlung in Höhe von 70 v.H. (Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen A3 bis A11, Anwärter/-innen, Dienstanfänger/-innen) bzw. 65 v.H. (übrige Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen) eines monatlichen Grundgehalts einschließlich Strukturzulage (ggf. weiterer Zulagen) sowie 84,29 v.H. des Familienzuschlags zuzüglich eines jährlichen Sonderbetrags für ein Kind von 25,56 € und eines Erhöhungsbetrags von jährlich insgesamt 99,96 € (für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen A3 bis A8, Anwärter, Anwärterinnen und Dienstanfänger, Dienstanfängerinnen),
- 2.1.5 ein Zuschlag von 30 v.H. wegen künftiger Versorgungslasten zu den sich aus den Nrn. 2.1.1 bis 2.1.4 ergebenden Beträgen,
- 2.1.6 durchschnittliche Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen in Höhe von jährlich 2.747 € (Stand 2018),
- 2.1.7 vermögenswirksame Leistungen

Sonstige Sozialleistungen werden nicht berücksichtigt.

Besondere Aufwendungen des Dienstherrn und weitere Zulagen bei den Personalkosten können im Einzelfall hinzugerechnet werden. Aus Vereinfachungsgründen kann davon abgesehen werden, soweit diese Kosten rund 5 v.H. des in der Personalkostentabelle enthaltenen Betrags nicht überschreiten.

## **2.2 Personalvollkosten**

Die Personalvollkosten setzen sich aus den Personaldurchschnittskosten der Kostentabelle zuzüglich eines Aufschlagsatzes von 30 v.H. für Gemein- und Arbeitsplatzkosten zusammen.

Die pauschalierte Kostenrechnung erfasst allerdings keine Kosten, die eine bestimmte staatliche Leistung im Einzelfall zusätzlich verursacht (z. B. umfangreiche Vervielfältigungen, Einsatz besonderer technischer

Geräte, externe Dienstleistungen wie z. B. Sachverständigengutachten). Diese können im Allgemeinen unmittelbar erfasst werden und sind der jeweiligen Leistung direkt in tatsächlicher Höhe zuzurechnen.

### **2.3 Personaldurchschnittskosten je Arbeitsstunde**

Der Berechnung der Personaldurchschnitts-/vollkosten je Arbeitsstunde liegen die jährlichen Personaldurchschnittskosten (Nr. 2.1.1 bis Nr. 2.1.7) oder Personalvollkosten (Nr. 2.2) und die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden zugrunde. Für das Kalenderjahr 2019 wurden bei 365 Kalendertagen unter Berücksichtigung von Wochenenden, Feiertagen und dienstfreien Tagen (§ 5 Absatz 1 und 2 Bayerische Arbeitszeitverordnung) 247 Arbeitstage angesetzt. Diese wurden um den jährlichen Erholungsurlaub von 30 Tagen<sup>1</sup> (§ 3 Absatz 1 und 2 Bayerische Urlaubs- und Mutterschutzverordnung) und die durchschnittlichen Krankheitstage der Beschäftigten des Freistaats Bayern nach dem zuletzt veröffentlichten Fehlzeitenbericht über Fehlzeiten der Beschäftigten des Freistaats Bayern 2016 vermindert.

In der Tabelle zu den Personaldurchschnittskosten und Personalvollkosten im öffentlichen Dienst für die Zeit ab 1. Januar 2019 ist die Arbeitszeit mit 40 Stunden pro Woche berücksichtigt.

### **3. Geltungsbereich der Stundensätze**

Die Stundensätze der Personaldurchschnittskosten und Personalvollkosten gelten zur Verwaltungsvereinfachung auch für Beamte und Beamtinnen in technischen Laufbahnen, nicht jedoch für Lehrer und Lehrerinnen.

---

<sup>1</sup> Abweichend von der gesetzlichen Regelung wird im Vorgriff auf die Übertragung des Ergebnisses der Vereinbarung der Tarifvertragsparteien in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder vom 3. März 2019 die Urlaubsdauer für Beamte und Beamtinnen im Vorbereitungsdienst ab 1. Januar 2019 mit 30 Tagen berücksichtigt.

## **II. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen**

Die in der Anlage ausgewiesenen jährlichen Kosten- und Stundensätze gelten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst aus Vereinfachungsgründen entsprechend. Maßgebend ist der Kostensatz für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppe, die mit der Entgeltgruppe gemäß Nummer 8.4 der Haushaltsvollzugsrichtlinien 2019/2020 – HvR 2019/2020 vom 31. Mai 2019 vergleichbar ist. Dieser Stellenvergleich hat keine Bedeutung für die Eingruppierung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen; hierfür sind ausschließlich die Tätigkeitsmerkmale maßgebend.

## **III. Durchschnittssätze**

Soweit eine Zuordnung der Kostensätze zu den einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen nicht möglich ist, können bei Kostenberechnungen die Durchschnittswerte zugrunde gelegt werden. Grundlage für die Berechnung dieser Durchschnittssätze ist der Anteil der Beamten und Beamtinnen in den entsprechenden Besoldungsgruppen.

Dieses Schreiben mit Anlage kann im Behördennetz auf der Seite des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat unter der Rubrik Staatshaushalt/Haushaltsrecht, Zuwendungsrecht, Kassenwesen abgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Nicole Lang

Ministerialdirigentin